

Für einen familienfreundlichen Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Debatte über die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt die letzte Woche im Parlament stattfand, wurde kaum über berufstätige Frauen gesprochen.

Obschon die Zahl der weiblichen Arbeitnehmer seit den siebziger Jahren enorm gestiegen ist und nunmehr bei rund 62% liegt, erreichen die Frauen längst nicht die hohe Beschäftigungsquote von 78% der Männer. Wenn es auch im jungen Alter kaum Unterschiede zwischen den weiblichen und den männlichen Beschäftigungsquoten und Beschäftigungsformen gibt (die meisten Arbeitnehmer haben eine Vollzeitbeschäftigung), so ändert sich die Situation schlagartig ab dem 25. Lebensjahr, also genau dann, wenn die meisten Frauen mitten in der Familienplanung sind.

Kind und Berufstätigkeit

Die Beschäftigung der Frauen und die Form der Beschäftigung hängt ohne Zweifel mit dem Kinderkriegen zusammen. Die Beschäftigungsquote der Frauen sinkt ab dem ersten Kind und auch wenn die Mütter nach der Geburt ihres Kindes weiter berufstätig bleiben wollen, entscheiden sich doch viele für eine Teilzeitarbeit.

Es ist eine große Herausforderung für Eltern und besonders für Mütter, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Dies geht nur, wenn die Politik die Rahmenbedingungen schafft, die es den Eltern überhaupt erlauben, berufstätig zu sein und gleichzeitig Kinder großzuziehen. In den letzten Jahren sind unter dem Impuls der CSV viele Maßnahmen getroffen worden, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zielen, wie zum Beispiel die Schaffung der sogenannten „Maisons relais“ oder die Einführung der „Chèques services“, um nur diese beiden zu nennen.

Es genügt aber nicht nur, für adäquate Rahmenbedingungen zu sorgen,



es gilt auch diese auf die Bedürfnisse der betroffenen Arbeitnehmer zuzuschneiden. Sie müssen stimmen. Und hier besteht Handlungsbedarf.

Wenn auch viele neue Kinderkrippen, die Kinder bis zum Alter von vier Jahren aufnehmen, kürzlich ihre Türen geöffnet haben, gibt es jedoch noch immer einen Mangel an Betreuungsstrukturen für Kinder über vier Jahre, auch wenn man sagen muss, dass die Lage von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich ist.

Wir brauchen aber ein flächendeckendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder bis zu 12 Jahren. Diese müssen flexibel und auch bezahlbar sein. Es muss sich für die Eltern lohnen zu arbeiten. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, wird sich weder die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch die damit verbundene Rolle der Frauen in der Gesellschaft ändern. Sie verbleiben dann in einer finanziell prekären und abhängigen Position.

Wenn man darüber hinaus weiß, dass der Bedarf an kompetenten Fachkräften noch nie so groß war wie heute, und dass der Mangel an hochqualifizierten Arbeitnehmern noch nie so deutlich war wie jetzt, ist es genau jetzt an der Zeit, sich verstärkt für die weibliche Arbeitsbeschäftigung einzusetzen und die daraus resultierenden Rahmenbedingungen zu optimieren.

Neue Wege einschlagen

Auch neue Wege müssten eventuell eingeschlagen werden, unter anderem im steuerlichen Bereich. Man sollte hier die für 2015 angekündigte Steuerreform nutzen um beispielsweise über ein großzügigeres Absetzen der Haushaltshilfen nachzudenken.

Aber nicht allein die Politik ist hier gefordert, sondern auch Patronat und Gewerkschaften. Nur gemeinsam kann es gelingen, den Arbeitsmarkt familienfreundlicher zu gestalten.

Diane Adehm

Neuer Personalausweis

Demnächst gibt es einen neuen Personalausweis im Kreditkartenformat. Neben dem kleineren Format enthält dieses Dokument auch einen elektronischen Chip, auf dem zusätzliche Daten über den Bürger digital gespeichert werden.



Die Einzelheiten der entsprechenden Gesetzentwürfe wurden vergangene Woche in der Abgeordnetenkammer beraten. Berichterstatter war der CSV-Abgeordnete **Léon Gloden**. Mit dem neuen Ausweis erhalten alle Bürger eine neue Ausweisnummer. Auch werden ein nationales und ein kommunales Ausweisregister geschaffen. Das aktuelle Register des Einwohnermeldeamtes der Gemeinde wird durch dieses neue und effizientere System ersetzt. Die sich in Umlauf befindlichen Ausweise sollen allerdings bis zum

Ablauf ihres Gültigkeitsdatums Bestand haben. Wie Léon Gloden erklärte, können nunmehr auch Luxemburger, die im Ausland leben und im nationalen Register eingeschrieben sind, in der jeweiligen Botschaft oder beim „Centre de technologies de l'information de l'Etat“ einen Luxemburger Ausweis anfragen. Die Ausstellung des Ausweises bleibt nach wie vor Aufgabe des Staates, die Anfertigung unterliegt jedoch den Gemeinden. Ab dem Alter von 15 Jahren muss jeder Bürger einen Ausweis besitzen. Dieser ist zehn Jahre gültig. Auf Anfrage können jedoch auch Unter-15-Jährige einen solchen beantragen. Für 4- bis 15-jährige Bürger hat der Ausweis nur eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren. Für Unter-4-Jährige gilt das Dokument bloß zwei Jahre.

Alte Stärken, neue Herausforderungen nutzen

Kompetitivitätssteigerung durch verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende als Lösungsansatz in der Krise

Die Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Wirtschaft und die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt waren vergangene Woche Thema in der Abgeordnetenkammer. Zwei an und für sich unterschiedliche, indessen dennoch eng miteinander verflochtene Themengebiete, weil entscheidend mitverantwortlich für das Wohl unserer Gesellschaft.

Luxemburg verfügt über eine ganze Reihe von Standortvorteilen. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter zu sichern, gilt es, einerseits auf diesen Stärken aufzubauen, andererseits jedoch auch weitere Vorteile zu schaffen.

Dauerbaustelle Konkurrenzfähigkeit

Dass viele von den 65 Vorschlägen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs, die im Frühjahr 2010 von der Regierung vorgelegt wurden, heute umgesetzt sind, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land sich in einem ständigen Wettbewerb mit dem Ausland befindet. Der Ausbau, allerdings auch der Erhalt der Konkurrenzfähigkeit, ist eine Art Dauerbaustelle. Aus diesem Grund müssen die Maßnahmen zur Förderung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit laufend hinterfragt und quasi in Echtzeit an die sich ständig ändernden Gegebenheiten angepasst werden. Es ist gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten wichtig, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die Ankündigung des Wirtschaftsministers, die Verbesserungsvorschläge von 2010 durch neue Vorschläge zu ergänzen, ist vor diesem Hintergrund durchaus zu begrüßen. Einige dieser neuen Ideen standen



aber schon seit 2010 im Raum. Damals nämlich hatte die CSV-Fraktion u. a. bereits dafür geworben, die Energiefrage als Wettbewerbssteigerungsfaktor zu betrachten.

Bessere Wettbewerbsfähigkeit durch qualifiziertes Personal

Wettbewerbsfähigkeit setzt auch einen kompetitiven Arbeitsmarkt voraus – sprich: qualifiziertes Personal. Der Luxemburger Arbeitsmarkt stellt an und für sich ein Paradox dar. Zum einen kommt man nicht umhin festzustellen, dass es vielen ansässigen Betrieben, trotz Krise, gelingt, weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Zum anderen zählt Luxemburg heute fast 18 000 Arbeitslose – darunter viele, die keinen Schulabschluss oder nicht die erforderliche berufliche Ausbildung haben. Dieser Sachverhalt unterstreicht erneut die Bedeutung einer guten Schul- und / oder Berufsausbildung.

Wichtige Reformen im „Enseignement fondamental“ und in der Berufsausbildung wurden bereits verab-

schiedet. Vor ein paar Tagen wurde auch die Reform des Sekundarunterrichts im Parlament hinterlegt. Auch die besten Reformen müssen einen langwierigen Reifeprozess durchlaufen. Luxemburg kann sich derzeit jedoch nicht den Luxus leisten, abzuwarten bis diese Reformen ihre Früchte tragen.

In der Zwischenzeit – das heißt jetzt! – müssen wir es schaffen, den Arbeitslosen bessere, individuellere Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten. Und zwar solche, die ihre Fachkompetenz steigern und solche, die den konkreten Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen. Diesen Weg können wir aber nur beschreiten, wenn wir die Betriebe mit einbeziehen.

Kompetitiv wachsen kann man nur unter Berücksichtigung aller potenziellen Arbeitskräfte. Es gilt demnach auch, die Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren und auch zu etablieren. Die Grundvoraussetzung für dieses Ziel besteht freilich darin, berufstätigen Eltern – in erster Linie den Müttern – zu ermöglichen, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Zugang zum Arbeitsmarkt: Frage des sozialen Friedens

Den potenziellen Arbeitnehmern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, wirkt sich nicht nur auf das wirtschaftliche Wachstum positiv aus, sondern auch auf den sozialen Frieden. Als Garant des sozialen Zusammenhalts wird die CSV keine Mühen scheuen, neue Wege zu gehen und alle Potenziale zu nutzen, um dies weiterhin sicherzustellen.

Gilles Roth
Fraktionspräsident

Pierre Mellina, neuer CSV-Abgeordneter

Vergangene Woche wurde Pierre Mellina als neuer Südabgeordneter der CSV vereidigt. Der 56-jährige Bürgermeister von Pétange übernimmt das Mandat von Marc Spautz, der bei der rezenten Regierungsumbildung berufen wurde.



Schaffung optimaler Parameter zur Installation von neuen Betrieben sowie die Unterstützung von Beschäftigungsinitiativen. Es gilt auch, jene aufzufangen und in den Arbeitskreis zu integrieren, die kurzfristig keine Chance am ersten Arbeitsmarkt haben, so Pierre Mellina, der sich auch für die Schaffung eines „Plan sectoriel zones d'activités économiques“ aussprach und meinte: „Mir brauchen dann awer och administrativ Weeër, déi eis erlaben, dës wicteg wirtschaftlech Infrastrukturen, déi an dësem Plan sectoriel virgesi sinn, esou séier wéi méiglech ze realiséieren. Wa mir géintwuer vun eisen Nopere Konkurrenzfaeg wëlle bliwen – a mir hu fir de Moment all d'Viraussetzungen nach dozou –, da mussen mir zu eisen alen Tugenden zeréckfannen an erëm zum kuerze Wee, zu de schnellen Decisiounen zeréckkommen.“

In seiner Rede vor dem Parlament zeigte er sich erfreut, sich dieser neuen Aufgabe im Interesse des Landes und seiner Mitbürger, die hier wohnen, leben und arbeiten, ob Luxemburger oder Nicht-Luxemburger, zu stellen. Das Doppelmandat als Abgeordneter und Bürgermeister sieht er als Herausforderung, wohl wissend auch, dass es zwischen nationalen und kommunalen Politikfeldern gewisse Überschneidungen gibt. Politik gestalten bedeutet für ihn, engagiert und konstruktiv zu arbeiten, wobei es gilt, viele Detailaufgaben mit Kompetenz und gesundem Menschenverstand zu erledigen.

Zu seinen Schwerpunkten zählen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine aktive Beschäftigungspolitik, die

den mit effizienten und genügenden Park&Ride-Möglichkeiten, so Pierre Mellina. Die Modernisierung der Eisenbahnlinie zwischen Pétange und Luxemburg wertete er als wichtigen Schritt. Die Realisierung des Tramprojektes in der Hauptstadt sieht er als neue Chance.

Pierre Mellina wurde, wie er sagte, 1992 vom damaligen député-maire René Putzeys sowie seinem Freund Jean-Marie Halsdorf motiviert und überzeugt, sich in der Gemeindepolitik zu engagieren. Auf Antrieb wurde er 1994 zum neuen Gemeinderat in Pétange gewählt. Zwischen 2000 und 2004 war er als Schöffe aktiv und seit September 2004 ist er Bürgermeister der 17 000 Einwohner starken Gemeinde Pétange. In der Abgeordnetenkammer ist er nunmehr Mitglied u. a. in der „Commission des Affaires intérieures, de la Grande Région et de la Police“, der „Commission du contrôle de l'exécution budgétaire“ und der „Commission de l'Education nationale, de la Formation professionnelle et des Sports (pour les volets Education nationale et Formation professionnelle“ und der „Commission des comptes“.